

Sächsische Dorfzeitung

Anzeiger für Stadt und Land

mit der Beilage: „Illustriertes Sonntags-Blatt“

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaften Dresden-Alttadt und Dresden-Neustadt, für das Kgl. Amtsgericht Dresden, die Kgl. Forstrentämter Dresden, Moritzburg, Charandt und die Gemeinden Oberlößnitz und Radebeul.

Anzeigen-Preise:

Die einpaltige Seite 15 Pfg., unter „Anzeigen“ 12 Pfg. — Anzeigenstellen sind: Händelsstellen, Kleine Anzeigen Nr. 4, Inhabertentable, Händelsstellen 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Telephon: Dresden, Nr. 5916.

Bezugsbedingungen:

Die „Dorfzeitung“ erscheint jeden Samstag nachmittags 5 Uhr mit dem Datum des folgenden Tages. Die Bezugsgebühr beträgt 1,50 Mark monatlich oder 18 Pfg. für jeden Monat. Die „Dorfzeitung“ ist zu beziehen durch die hiesigen Postämter, die Landbriefträger und durch jeden Buch- und Papierhändler. Bei freier Lieferung ins Haus erhebt sie Post und die Zustellungsgebühr von 40 Pfg.

Verlags-Adr.: Dorfzeitung Dresden.

Nr. 228.

Dresden, Sonnabend, den 30. September 1905.

67. Jahrgang.

Zur gefl. Kenntnisnahme!

Wir beehren uns hiermit ergebenst anzuzeigen, daß der Verlag der „Sächsischen Dorfzeitung“ am 1. Oktober d. J. in den Besitz der Firma **Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co.**, Verlag von „Sachsens Elbgaupresse“ in Blasewitz übergeht und eine Verschmelzung beider Blätter unter dem Titel

„Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse“

stattfindet.

Die „Sächsische Dorfzeitung“ bleibt nach wie vor Amtsblatt der beiden Königl. Amtshauptmannschaften Dresden, des Königl. Amtsgerichts Dresden und anderer Behörden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Verlag der Sächsischen Dorfzeitung

Carl Heinrich.

Dresden-R., am 29. September.

Das Renesce.

König Friedrich August wohnte heute mittag der feierlichen Grundsteinlegung für den Dresdner Rathaus-Neubau bei.

Im gothaischen Landtage hat sich der Staatsminister Richter gegen eine Oeffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr erklärt.

Graf Göpen meldet einen weiteren Rückgang der aufständischen Bewegung in Deutsch-Ostafrika.

Die Gesamtzahl der Cholerafälle beträgt bis jetzt 256 Erkrankungen, von denen 87 tödlich verließen.

Der bayerische Landtag wurde gestern nachmittag 2 Uhr durch eine Thronrede des Prinz-Regenten eröffnet.

Dr. Rosen und Revoil hatten gestern vormittag 11 Uhr in Paris eine letzte Zusammenkunft. Danach unterzeichneten Ministerpräsident Rouvier und Vizekanzler Fürst v. Radolin das Marokkoabkommen. Die Unterzeichnung fand im Kabinett Rouviers im Ministerium des Aeußern statt. Daran schloß sich eine Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten und Fürsten Radolin, in der beide sich beglückwünschten.

Die Situation in Oesterreich-Ungarn.

Die politische Situation in der befreundeten Doppelmonarchie ist zur Zeit dermaßen gespannt, daß sie die allgemeine Aufmerksamkeit in hohem Grade auf sich lenkt und daß man sich wohl oder übel mehr, als lieb ist, mit österreichisch-ungarischen Angelegenheiten beschäftigen muß. Besonders erwartungsvoll hatte man der Oeffnung des Wiener Reichsrats entgegengeesehen, weil angenommen werden konnte, daß der österreichische Ministerpräsident sich über die Dinge jenseits der Weitsa äußern und sich auch gegen den ihm gemachten Vorwurf, durch seinen Einfluß auf Kaiser Franz Josef die ungarische Wahlreform vereitelt zu haben, verteidigen würde. Die österreichische Sozialdemokratie hatte schon den Scheiterhaufen errichtet, auf dem Freiherr von Gautschi sein angebliches Verbrechen an dem allgemeinen Wahlrecht büßen sollte, aber — es kam anders. Wir haben an anderer Stelle über den Verlauf der Oeffnungsfeierung des österreichischen Reichsrats berichtet, woraus zu ersehen war, daß Herr von Gautschi mit gutem Gewissen seine Gegnerschaft gegen das erweiterte Wahlrecht in Abrede stellen konnte. Natürlich mußte die von ultraradikaler Seite geplante Exekution an dem Kabinettschef unterbleiben.

Von erheblichem Interesse sind dessen Erklärungen zur ungarischen Frage, die eine Bestätigung dessen sind, was wir an dieser Stelle in derselben Angelegenheit bereits zum Ausdruck brachten. Wir hatten ganz recht, wenn wir betonten, daß Ungarn keineswegs eigenmächtig an dem 1867er Ausgleich rütteln und einzelne Teile desselben in seinem Sinne modifizieren könne, daß dabei die Reichshälfte diesseits der Weitsa ein gewichtiges Wort mitzusprechen habe. Ob Ungarn

bei einer Revision des 1867er Ausgleichs, zu welcher Oesterreich unter gewissen Bedingungen die Hand bieten will, gut abschneiden würde, erscheint sehr fraglich. Heute trägt die österreichische Reichshälfte den Löwenanteil zu den gemeinsamen Kosten bei, man bringt in Wien tatsächlich große Opfer für den Dualismus mit Ungarn, worüber die Regierung schon manch böses Wort im Parlamente hören mußte. So liegt doch eine große Vergünstigung für Ungarn darin, daß Oesterreich zu den Kosten für das gemeinsame Heer 2/3 beisteuert, während Ungarn nur 1/3 trägt. Würde man, wie es richtiger und gerechter wäre, die Beitragskosten nach der Bevölkerungsziffer berechnen, so müßte Ungarn etwa 30 Millionen mehr zahlen als jetzt.

Die Quotenfrage, d. h. die Regelung des Verhältnisses, in welchem die beiden Staaten zu den gemeinsamen Ausgaben heranzuziehen sind, hat stets viel Staub aufgewirbelt, und noch immer hat Oesterreich einen weit höheren Prozentsatz auf sich nehmen müssen, als ihm eigentlich zuzukommen, um des lieben Friedens halber hat man sich diesseits der Weitsa dieses Opfer anferlegt. Darauf beziehen sich auch die Worte des Freiherrn von Gautschi, als er am Dienstag im Reichsrat sagte, weitere Zugeständnisse könne Oesterreich nicht machen. Und in der Tat muß der ungarischen Annäherung, die sich in den letzten Jahrzehnten immer breiter gemacht hat, endlich ein Ziel gesetzt werden, sonst kommt es schließlich noch dahin, daß Ungarn auch die auswärtige Politik des Habsburger Staates an sich reißen könnte. Um das zu verhindern, müssen freilich im Wiener Parlament die Nationalitätenzänkerien mehr von der Tagesordnung verschwinden, damit die Volksvertretung für die Krone in diesem Kampfe mit der ungarischen Koalition eine wahre Stütze sein und die gemeinsamen Interessen der Doppelmonarchie in wirksamer Weise wahren kann. Leider ist zur schwachen Hoffnung vorhanden, daß der österreichische Reichsrat sich den ihm obliegenden hohen Aufgaben gewachsen zeigen wird.

Politische Weltschau.

Deutsches Reich. Der Kaiser beabsichtigt auch in diesem Jahre auf der Reise von Rominten dem in Königsberg i. Pr. garnisonierenden Grenadier-Regiment Nr. 3, dessen Chef der Monarch ist, einen kurzen Besuch abzustatten. — Die bisherige Jagdbeute des Kaisers im Romintener Forstrevier besteht aus insgesamt acht Firschen.

Der Kronprinz traf Donnerstag früh in Begleitung seines Adjutanten Majors v. Oppen in Homburg ein und wurde am Bahnhof von der Kronprinzessin empfangen.

Der Bundesrat wird in der ersten Woche des Oktober seine Sitzungen wieder aufnehmen. Zwischen den Bundesregierungen haben zwar schon vertrauliche Besprechungen über die Einzelheiten des Reichssteuerprogramms stattgefunden, jedoch ist es zu einer bestimmten Stellungnahme noch nicht gekommen.

Ueber die zwischen Deutschland und Frankreich wegen Marokko zu stande gekommene Ver-

ständigung wird folgendes gemeldet: Durch seine finanzielle Lage veranlaßt, hatte sich das Raghzen an einen in Marokko wohnhaften fremden Vermittler gewendet, der seinerseits eine Gruppe deutscher Banken in Anspruch nahm, um einen aus der nächsten Anleihe zurückzuerstattenden Vorschuß von kurzer Dauer zu erhalten; die marokkanische Regierung hat als Pfand dafür ihre Liegenschaften in den verschiedenen Städten der Küste. Zwischen der Gruppe deutscher Banken und dem Konsortium der französischen Banken nebst einer Gruppe von Banken anderer beteiligter Länder ist ein Abkommen getroffen worden über eine Beteiligung an diesem Geschäft, das seinem Wesen nach bleiben soll ein zeitweiliger Vorschuß mit Sonderpfand, rückzahlbar bei der nächsten Anleihe oder durch Mittel der Staatsbank, deren Errichtung zu dem Programm der Konferenz gehört. Das Geschäft läßt die Frage des Vortugsrechts des französischen Konsortiums unberührt. Wegen der Anlage einer Mole im Hafen von Tanger hatte die marokkanische Regierung in einem unter dem 26. März an die deutsche Gesandtschaft gerichteten Briefe von dem Hause Vorgeand & Reitemann die Aufstellung zweier Pläne, unter denen sie wählen würde, gefordert. Da um dieselbe Zeit eine französische Gesellschaft ermächtigt worden war, für dieselben Bauten Vorschläge zu machen, so ist man übereingekommen, daß zunächst die Rechtsansprüche dieser Gesellschaft geprüft werden sollen und daß, wenn die französische Gesellschaft nicht gleiche Rechtsansprüche wie die deutsche Gesellschaft erweisen kann, die deutsche die vom Raghzen bestellten Arbeiten ausführen soll.

Trotz der wachsenden Mehreinnahmen aus der Branntwein-, Zucke- und Stempelsteuer wird der Vorschlag für den Reichsetat von 1906, wie uns von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, mit einem starken Defizit bezw. mit einer starken Vermehrung ungedeckter Matritularbeiträge abschließen.

Bei der gestrigen Reichstagsstichwahl in Essen erhielt, soweit bis jetzt bekannt, Giesbers (Zentrum) 41 776, Gewehr (Sozialdemokrat) 37 391 Stimmen.

Ein starkes Wort. Im „Bayrischen Bauernbunde“ finden wir unter der Ueberschrift „Die Bauern werden wild“ folgendes kräftige Wortlein: „Der Inhalt aller Briefe vom Lande läßt sich in folgende Sätze zusammenfassen: Ein Mangel an Vieh ist nicht vorhanden. Ueberall steht Vieh zum Verkauf. Allerdings sind nicht soviel Schweine vorhanden wie vor zwei Jahren. Das hat aber seinen Grund in dem Kartoffelmangel des Vorjahres, damals mußten die Ferkel zu Schandpreisen verkauft werden. Die Fatterpreise sind im ganzen und großen seit 1904 gestiegen, die Verhältnisse der Viehproduktion sind schwieriger geworden, also sind auch die Viehpreise gestiegen, sie sind aber nicht so hoch gestiegen wie die städtischen Schreier sagen. Vieh ist genug da, es muß nur aufgefacht werden. Wenn die städtischen Schreier für Abschaffung der hohen Pfasterzölle, Kläse, Viehhof- und Schlachthofgebühren sorgen, wird bald mehr Vieh in die Stadt getrieben werden. Die Bauern sollen die Sündenböcke für die Spekulant, Händler, Schmuser usw. machen,